

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 05.07.2017
Beginn: 19:05 Uhr
Ende: 21:00 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

Freie Wähler

Frau Heike Christmann
Herr Dipl.-Ing. Jürgen Herrmann
Herr Otto Höger
Herr Hans-Gerhard Kleiner
Herr Roni Lörch
Herr Karl-Heinz Ried
Herr Oliver Walch

CDU

Herr Roland Rädle
Herr Norbert Ried
Herr Dr. Martin Rupp
Frau Dr. Karla Schelp

SPD

Herr Reinhard Haas
Herr Walter Hoffer

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther
Herr Andreas Hartmann
Herr Uwe Rohrer
Frau Dr. Susanna Vollmer

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt
Herr Joachim Guthmann
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Dr. Klaus Rösch
Frau Saskia Strauß

Sachverständige

Herr Reinhold Varwig, Geschäftsführer ZV Mannenbach Wasserversorgung

Abwesend:

CDU

Herr Reinhard Dummler

SPD

Herr Edgar Huck

entsch.

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Informationen zur Wasserlieferung des Zweckverbandes
Mannenbach-Wasserversorgung
Vorlage: 60/0399/2017**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche**
 - 4.1 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche -
Eyachstraße 8/1
Bauherr: Yvonne u. Michael Riese, Holderäckerweg 2,
76307 Karlsbad
Vereinf. Verf.: Wohnhausneubau mit Stellplätzen
Grundstück: Eyachstraße 8/1, Spielberg, Flst.Nr. 75/1
Vorlage: 60/0385/2017**
 - 4.2 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche -
Scheffelstraße
Bauherr: Helmut Schmidt, Hauptstraße 39, 76307 Karls-
bad
Bauantrag: Anbau Halle mit zwei Garagen
Grundstück: Scheffelstraße, Langensteinbach, Flst.Nr.
6180/2
Vorlage: 60/0392/2017**
 - 4.3 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche -
Oberer Wasen 5
Bauherr: Katrin Kiesinger, Oberer Wasen 5, 76307 Karls-
bad
Antr. auf Befr.: Neubau eines überdachten, unbeheizten
Hauseingangsvorbaus
Grundstück: Oberer Wasen 5, Ittersbach, Flst.Nr. 4539/2
Vorlage: 60/0394/2017**
 - 4.4 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche -
Reutäckerstraße 5**

- Bauherr: Elke Speidel, Feldbergstraße 15, 76307 Karlsbad**
Bauantrag: Neubau eines Betriebsgebäudes
Grundstück: Reutäckerstraße 5, Ittersbach, Flst.Nr. 5921
Vorlage: 60/0395/2017
- 4.5 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Speicherstraße 5**
Bauherr: ImmoCasa GmbH, Karl-Deubel-Straße 15, 76316 Malsch
Bauantrag: Neubau 6-Fam.-Wohnhaus mit Garagen
Grundstück: Speicherstraße 5, Langensteinbach, Flst.Nr. 232
Vorlage: 60/0398/2017
- 4.6 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Friedhofstraße 14**
Bauherr: Jürgen Häberle, Tulpenstraße 8/1, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit Garage und Stellplätzen
Grundstück: Friedhofstraße 14, Langensteinbach, Flst.Nr. 224/1
Vorlage: 60/0400/2017
- 5 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe der Abbruch- und Rohbauarbeiten zur Essensversorgung im ev. Kindergarten Ittersbach**
Vorlage: 60/0401/2017
- 6 Beratung und Beschlussfassung über die Straßensanierung mit Dünnbettbelägen (DSK) in der Gemeinde Karlsbad-Interkommunale Zusammenarbeit**
Vorlage: 60/0391/2017
- 7 Information über die Einrichtung eines Trimm-Dich-Pfads in Karlsbad-Ittersbach**
Vorlage: 67/0396/2017
- 8 Information über den Energiebericht für das Jahr 2015**
Vorlage: 67/0397/2017
- 9 Genehmigung von Protokollen**
- 10 Verschiedenes**
- 11 Fragen der Zuhörer**

zu 1 Bekanntgaben

Keine.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

Keine.

**zu 3 Informationen zur Wasserlieferung des Zweckverbandes Mannenbach-Wasserversorgung
Vorlage: 60/0399/2017**

Aufgrund der extrem trockenen Witterung in den vergangenen Wochen und Monaten teilt der Zweckverband Mannenbach-Wasserversorgung mit, dass es zu Einschränkungen bei der Wasserlieferung an seine Verbandsgemeinden (Bad Herrenalb, Birkenfeld, Dobel, Karlsbad, Neuenbürg und Straubenhardt) kommen kann. Grund dafür ist die erhöhte Wasserabgabe während der trockenen Jahreszeit bei gleichzeitigem kontinuierlichem Rückgang der Schüttungen der Versorgungsquellen. Sollten in den nächsten 2-3 Wochen keine ergiebigen Niederschläge fallen, könnte ab Mitte Juli 2017 das Wasserdargebot des Mannenbach-Verbandes unter die benötigte (vereinbarte) Entnahmemenge (Wasserabgabe) sinken. Eine ausreichende Versorgung der einzelnen Gemeinden wäre nicht mehr gewährleistet.

Da die Wasserversorgung der Gemeinde Karlsbad nicht ausschließlich vom Zweckverband Mannenbach-Wasserversorgung abhängig ist, wird es für alle Ortsteile der Gemeinde Karlsbad keine Einschränkungen in der Wasserversorgung geben. Lediglich in den Ortsteilen Langensteinbach und Ittersbach wird aufgrund des Mischwasserkonzeptes (33 % Mannenbachwasser, 67 % ZWA-Wasser) die Wasserhärte von Härtebereich II auf Härtebereich III steigen. Sollte im Extremfall der Zweckverband Mannenbach-Wasserversorgung die Lieferung nach Karlsbad völlig einstellen müssen, werden die Ortsteile Ittersbach und Langensteinbach ausschließlich über den Trinkwasserzweckverband Albgau mit ausreichend Wasser entsprechend der Trinkwasserverordnung versorgt. In den Ortsteilen Mutschelbach und Auerbach, die vom Trinkwasserverband Alb-Pfingz-Hügelland versorgt werden, ändert sich nichts. Ebenfalls kann im Ortsteil Spielberg das Mischwasser aus der eigenen Holzbachquelle, dem Trinkwasserverband Pfaffenrot-Spielberg-Etzenrot und dem Wasser aus dem Zweckverband Wasserversorgung Albgau weiter gemischt und zur Versorgung der Bevölkerung genutzt werden.

Ob und wie lange die Wasserlieferung vom Zweckverband Mannenbach-Wasserversorgung eingeschränkt bzw. ausgesetzt werden muss, ist abhängig von der Niederschlagssituation und dem sich daraus ergebenden Wasserdargebot. Sollten die vom Zweckverband Mannenbach-Wasserversorgung eingeleiteten Maßnahmen zur Erhöhung des Wasserdargebotes ausreichen, wird die vereinbarte Wasserlieferung an die Gemeinde Karlsbad wieder vollständig aufgenommen, und die Ortsteile Langensteinbach und Ittersbach in der gewohnten Wasserqualität (Härtestufe II) versorgt.

Herr Varwig, Geschäftsführer des Zweckverbandes Mannenbach-Wasserversorgung (ZMW), stellt die Situation vor.

Probleme, wie sie momentan bestehen, hatte der ZMW seit 1960 erst einmal im Jahr 2015, die Lage entspannte sich aber durch starke Regenfälle im Frühjahr 2016 wieder. Trotzdem

waren vorausschauend zwei Quellen optimiert und die Verbindungsleitungen verstärkt worden.

Der ZMW hat zwei Möglichkeiten, auf eine akute Wasserknappheit zu reagieren.

Die erste ist das Gewerbegebiet Birkenfeld künftig von den Stadtwerken Pforzheim versorgen zu lassen. Hierzu besteht bereits ein Vertrag, die Versorgung erfolgt ab 08.08.2017. Als zweite Möglichkeit kann die Gemeinde Karlsbad vom Netz des ZMW abgehängt werden, da hier eine Wasserversorgung durch den Zweckverband Albgau (ZWA) gesichert werden kann. Momentan versucht der ZMW weitere Wasservorkommen zu ergründen. 2016 erfolgten bereits drei Bohrungen mit 10 m Tiefe, sowie eine elektrogeologische Untersuchung und eine 50 m – Bohrung, die leider nicht zielführend waren.

Durch Bohrungen von 30 und 80 m Tiefe konnte Wasser im Eyachtal mit einer Schüttung von 10 Sekundenliter lokalisiert werden. Durch den notwendigen Infrastrukturausbau wird dieses Wasser aber frühestens in 2-3 Jahren zur Verfügung stehen.

Weiterhin wurden Quellen im hinteren Eyachtal entdeckt, die eine Schüttung von 20-25 Sekundenliter vorweisen. Hier sind aber noch wasserrechtliche und Naturschutzbelange zu klären, weshalb das Wasser momentan ebenfalls noch nicht genutzt werden kann.

Die derzeitige Situation gibt den Gemeinden im Netz des ZMW Bezugsrechte für 112 Sekundenliter. Bei Trockenperioden wie im Juni können diese aber nicht täglich gewährleistet werden.

Seit 27. Juni hat die Situation sich allerdings wieder entspannt, die Wasserversorgung über den Sommer ist gesichert.

Sollte es eine erneute Trockenphase geben, werden die möglichen Maßnahmen erneut diskutiert. Gegebenenfalls wird es eine sukzessive Abkopplung der Gemeinde Karlsbad vom Netz des ZMW geben.

BM Timm weist darauf hin, dass es bereits im Vorfeld Gespräche gab, insbesondere auch mit dem SRH Klinikum, damit alle Betroffenen vorbereitet sind.

OBM Knackfuß stellt klar, dass die Versorgung der Gemeinde gesichert ist. Durch die Abkopplung würden sich nur Änderungen in der Wasserhärte geben, da das Wasser dann ein anderes Mischungsverhältnis hätte, als momentan. Die möglichen Mischungsverhältnisse werden im Ernstfall mit dem Gesundheitsamt abgestimmt.

GR Herrmann erkundigt sich, wie die Dialysestation im Klinikum mit einer sukzessiven Umstellung zurechtkäme.

OBM Knackfuß erklärt, dass die Station ihr Wasser bereits jetzt enthärtet und daher keine Schwierigkeiten mit einer Änderung hätte, sofern die Änderung bekannt ist.

GR Rohrer fragt, ob alle Wassermischungen möglich sind, also das Wasser zur Versorgung der Gemeinde problemlos in allen Verhältnissen und Kombinationen mit anderem Wasser gemischt werden kann. Weiterhin möchte er wissen, ob der Gesamtwasserverbrauch der Gemeinden im Bereich des ZMW in den letzten Jahren angestiegen ist.

Herr Varwig verneint dies, es gab keine signifikante Änderung im Verbrauch.

OBM Knackfuß bestätigt, dass das Wasser problemlos gemischt werden kann. Das Wunschergebnis ist selbstverständlich noch zu prüfen, aber mögliche Einschränkungen bestehen voraussichtlich nur vorübergehend.

GR Rädle fragt, ob eine Abnahme der Wasserzufuhr der Quellen über die Jahre erkennbar ist und ob die Änderung der Wasserhärte für die Bürger wesentliche Auswirkungen haben wird, z.B. in Bezug auf Verwendung der Haushaltsgeräte.

OBM Knackfuß stellt klar, dass die geänderte Wassermischung nach wie vor der Trinkwasserordnung entsprechen wird und stark überwacht wird. Gegebenenfalls wird sich der Karbonatanteil im Wasser geringfügig erhöhen.

Die Information der Bürger ist mit einem Zeitvorlauf von ca. 2 Wochen geplant.

Herr Varwig berichtet, dass die Expertenmeinungen über den Rückgang der Quellschüttungen als Ursache die Zerstörung der Vegetation oberhalb der Quellen sehen, da der Boden dadurch seine Speicherfähigkeit verliert. Beispielsweise wurde nach dem Sturm Lothar ein Rückgang der Schüttung beobachtet.

OBM Knackfuß fügt hinzu, dass auch nach dem Lothar-Sturm Karlsbad bereits für 4 Monate mit ZWA-Wasser versorgt wurde und es damals ebenfalls keine Probleme gab.

GR Haas erkundigt sich nach den Schüttungen von anderen Quellen.

Herr Varwig erklärt, dass viele Wasserversorger dasselbe Problem haben, auch andere Quellschüttungen lassen nach. Im Extremfall, sofern eine keine andere Wasserversorgung möglich ist, müsste das Wasser sogar zeitweise abgestellt werden.

OBM Knackfuß weist abschließend darauf hin, dass bei der Holzbachquelle kein Rückgang der Schüttung zu beobachten ist.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche

zu 4.1 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Eyachstraße 8/1 **Bauherr: Yvonne u. Michael Riese, Holderäckerweg 2, 76307 Karlsbad** **Vereinf. Verf.: Wohnhausneubau mit Stellplätzen** **Grundstück: Eyachstraße 8/1, Spielberg, Flst.Nr. 75/1** **Vorlage: 60/0385/2017**

Das Vorhaben liegt im unbeplanten Innenbereich und ist daher nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Es handelt sich um die Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit zwei Vollgeschossen und einem Satteldach. Zwei Stellplätze sind für das Vorhaben geplant.

Das Gebäude fügt sich in die nähere Umgebung ein, die Verwaltung hat daher keine Bedenken.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt erteilt das Gemeindeeinvernehmen zu dem beantragten Vorhaben einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

zu 4.2 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Scheffelstraße **Bauherr: Helmut Schmidt, Hauptstraße 39, 76307 Karlsbad** **Bauantrag: Anbau Halle mit zwei Garagen** **Grundstück: Scheffelstraße, Langensteinbach, Flst.Nr. 6180/2** **Vorlage: 60/0392/2017**

Das Vorhaben liegt im Bereich des Bebauungsplans „Strietwiesen“ in Karlsbad-Langensteinbach.

Es handelt sich um die Errichtung einer Lagerhalle als Anbau an eine bereits bestehende Halle, sowie den Bau zweier Garagen.

Der Bebauungsplan setzt für sämtliche Gebäude im Geltungsbereich ein Satteldach mit mindestens 28° Dachneigung fest. Das Vorhaben ist mit einem Pultdach mit 7,5° Dachneigung

geplant. Für das Vorhaben ist also eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans bezüglich der Dachform und Dachneigung notwendig.

Das bereits bestehende Lagergebäude verfügt ebenfalls über ein Pultdach mit einer Dachneigung von 20°.

Das Vorhaben fügt sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung in die nähere Umgebung ein. Angleichend an das bestehende Gebäude kann der Befreiung aus Sicht der Verwaltung zugestimmt werden.

GRin Günther erkundigt sich nach Nachbareinwendungen.

Frau Strauß erklärt, dass die Frist noch läuft und momentan noch keine Einwendungen eingegangen sind.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt erteilt das Gemeindeeinvernehmen zu der Befreiung einstimmig mit 13 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und einer Enthaltungen.

zu 4.3 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Oberer Wasen 5
Bauherr: Katrin Kiesinger, Oberer Wasen 5, 76307 Karlsbad
Antr. auf Befr.: Neubau eines überdachten, unbeheizten Hauseingangsvorbaus
Grundstück: Oberer Wasen 5, Ittersbach, Flst.Nr. 4539/2
Vorlage: 60/0394/2017

Das Vorhaben liegt im Bereich des Bebauungsplans „Freyenäcker“ in Karlsbad-Ittersbach.

Es handelt sich um den geplanten Anbau einer Hauseingangsüberdachung.

Der Bebauungsplan setzt für das Grundstück eine Baugrenze fest, die mit der geplanten Überdachung überschritten würde. Nach § 23 Abs. 3 BauNVO kann eine Überschreitung der Baugrenze in geringfügigem Ausmaß zugelassen werden.

Der Vorbau ist als untergeordnetes Bauteil mit 3,25 m Breite und 1,50 m Tiefe geplant. Der Überschreitung kann also aus Sicht der Verwaltung zugestimmt werden.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt erteilt das Gemeindeeinvernehmen zu der beantragten Befreiung einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

zu 4.4 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Reutäckerstraße 5
Bauherr: Elke Speidel, Feldbergstraße 15, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Neubau eines Betriebsgebäudes
Grundstück: Reutäckerstraße 5, Ittersbach, Flst.Nr. 5921
Vorlage: 60/0395/2017

Das Vorhaben liegt im Bereich des Bebauungsplans „Stöckmädle-Reutäcker“.

Es handelt sich um die Errichtung eines Betriebsgebäudes mit Stellplätzen.

Für das Vorhaben ist eine Befreiung von der im Bebauungsplan festgesetzten Baugrenze notwendig, die in nordöstlicher Richtung mit einer geplanten Terrasse (8,50 m Breite, 3,50 m Tiefe) überschritten wird. Es handelt sich um eine geringfügige Überschreitung, die Verwaltung hat daher keine Bedenken.

Im Weiteren entspricht das Bauvorhaben den Festsetzungen des Bebauungsplans.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt erteilt das Gemeindeeinvernehmen zu der Befreiung einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

zu 4.5 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Speicherstraße 5
Bauherr: ImmoCasa GmbH, Karl-Deubel-Straße 15, 76316 Malsch
Bauantrag: Neubau 6-Fam.-Wohnhaus mit Garagen
Grundstück: Speicherstraße 5, Langensteinbach, Flst.Nr. 232
Vorlage: 60/0398/2017

Auf die Vorlage 60/0273/2016 wird verwiesen.

Das Vorhaben liegt im unbeplanten Innenbereich und ist daher nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Es handelt sich um die Errichtung eines 6-Familien-Wohnhauses mit Garagen anstelle eines bestehenden Wohnhauses, das abgebrochen werden soll.

Die Garagen sollen ebenerdig von der Speicherstraße aus angefahren werden können und befinden sich somit im Untergeschoss des Wohnhauses. Geplant sind 7 Garagen, wovon zwei mit zwei Autos hintereinander beparkt werden können.

Das Gebäude ist mit drei Vollgeschossen und einer Gebäudehöhe von 14,50 m (gemessen von der Speicherstraße) und Satteldach geplant. Dies ist eine Erhöhung des First im Vergleich zur Bauvoranfrage um 1,60 m, das Vorhaben fügt sich aber von der Höhenentwicklung nach wie vor in die nähere Umgebung ein (Speicherstraße 7: Firsthöhe 14,75 m).

In der Sitzung vom 17.12.2016 hat der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt das Gemeindeeinvernehmen zu der beantragen Bauvoranfrage mehrheitlich erteilt. Die Bauvoranfrage wurde am 08.02.2017 vom Landratsamt Karlsruhe genehmigt.

GRin Günther spricht sich gegen die Erteilung des Gemeindeeinvernehmens aus, da der Ortschaftsrat bereits die Bauvoranfrage abgelehnt hatte und eine Erhöhung des Firstes im Vergleich dazu definitiv nicht mitgetragen werden kann.

GR Lörch sieht als einigen positiven Aspekt des Bauvorhabens die Schaffung von Wohnraum.

GRin Christmann erkundigt sich, nach dem Grund der Erhöhung. Diese wurde im Antrag allerdings nicht begründet.

GR Rohrer weist auf den hohen Parkdruck in der Umgebung hin.

BM Timm stellt klar, dass der Parkdruck jetzt bereits besteht und dies nicht diesem Vorhaben angelastet werden kann.

GR Rädle betont, dass das Landratsamt das Vorhaben vermutlich genehmigen wird, da es rein rechtlich genehmigungsfähig ist.

BM Timm schlägt vor, das Gemeindeeinvernehmen nicht zu erteilen, die Zustimmung aber in Aussicht zu stellen, wenn die Planung auf Stand der Bauvoranfrage geändert wird. Das Gremium folgt diesem Vorschlag.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt versagt das Gemeindeeinvernehmen zu dem beantragten Bauvorhaben einstimmig ohne Jastimmen, mit 14 Gegenstimmen und ohne Enthaltung.

zu 4.6 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Friedhofstraße 14
Bauherr: Jürgen Häberle, Tulpenstraße 8/1, 76307 Karlsbad
Bauantrag: Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit Garage und Stellplätzen
Grundstück: Friedhofstraße 14, Langensteinbach, Flst.Nr. 224/1
Vorlage: 60/0400/2017

Das Vorhaben liegt im unbeplanten Innenbereich und ist nach § 34 BauGB zu beurteilen. Es handelt sich um die Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses mit zwei Vollgeschossen und ausgebautem Dachgeschoss. Geplant sind drei Wohneinheiten und ein Stellplatz pro Wohneinheit nach Landesbauordnung.

Das Vorhaben fügt sich in die nähere Umgebung ein.

RAL Goldschmidt berichtet, dass in dem Gebäude ein betreutes Wohnen geplant ist.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt erteilt das Gemeindecinvernehmen für das beantragte Bauvorhaben einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

zu 5 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe der Abbruch- und Rohbauarbeiten zur Essensversorgung im ev. Kindergarten Ittersbach
Vorlage: 60/0401/2017

Im Gemeinderat am 27.07.2016 wurde die vorgestellte Planung vom Architekturbüro Adler & Retzbach beschlossen.

Die Maßnahmen wurden in 2 Bauabschnitte unterteilt. Die Arbeiten für den ersten Bauabschnitt, Grund- und Förderschule Ittersbach, wurden im Gemeinderat am 05.04.2017 vergeben.

Die Arbeiten für den zweiten Bauabschnitt, welche den Kindergarten betreffen, wurden vom Büro Adler & Retzbach geplant und ausgeschrieben. Entsprechend intensive Besprechungen mit dem Kindergarten (Kindergartenträger, -leitung, Elternvertretung) sind erfolgt.

In der beigefügten Vergabeübersicht sind die weiteren Gewerke aufgeführt, die am 22.06.17 ebenfalls submittiert wurden, und auf Grund ihrer Vergabesumme durch den Bürgermeister direkt beauftragt werden. Die Gewerke Tischlerarbeiten sowie Putz- und Trockenbau müssen auf Grund extremer Kostenüberschreitungen aufgehoben werden. Beide Gewerke werden bis Anfang September 2017 im freihändigen Vergabeverfahren neu ausgeschrieben.

Abbruch- und Rohbauarbeiten:

Nach beschränkter Ausschreibung wurden 9 Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Zur Submission am 22.06.2017 lagen 5 Angebote und eine Absage vor.

Nach Wertung ergibt sich folgende Bieterangfolge:

Bieter			Brutto
1.	Firma	Schmitt- Bau, Flemlingen	70.714,80 €
2.	Firma	Bach- Bau, Karlsruhe	75.420,42 €
3.	Firma	Luigi u. Antonio, Karlsruhe	76.223,71 €

4.	Firma Allbau, Karlsruhe	80.361,89 €
5.	Firma Rudolph, Karlsruhe	85.671,08 €

Nach Prüfung (siehe Vergabevorschlag Architekturbüro Adler & Retzbach) ergibt sich die Firma Schmitt, Flemlingen, als preisgünstigster Bieter mit einem Bruttoendpreis von 70.714,80 €.

Die Firma Schmitt erhielt schon den Auftrag für den ersten Bauabschnitt Bereich Schulen.

Der Vergabevorschlag liegt im Rahmen der Kostenberechnung vom Architekturbüro Adler & Retzbach. Die vom Büro berechneten Kosten für das Gewerk Abbruch- und Rohbauarbeiten belaufen sich auf 70.000 € brutto.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt vergibt den Auftrag für die Abbruch- und Rohbauarbeiten zur Essensversorgung im ev. Kindergarten Ittersbach einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen an den preisgünstigsten Bieter, Firma Schmitt, Flemlingen, zu einem Bruttoendpreis von 70.714,80 €.

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Straßensanierung mit Dünnbettbelägen (DSK) in der Gemeinde Karlsbad-Interkommunale Zusammenarbeit
Vorlage: 60/0391/2017**

Im Haushalt 2017 stehen für Straßensanierungen im DSK-Verfahren (Dünne Schichten im Kalteinbau) 80.000 € im Straßenunterhalt zur Verfügung. Nachdem die Rissesanierung auf allen Ortsstraßen abgeschlossen wurde, wird in konsequenter Weiterführung die Sanierung weiterer Ortsstraßen im DSK-Verfahren vorangetrieben. Ausgewählt wurde nach fortschreitendem Verschleiß der Deckschicht und Notwendigkeit der Ortsstraßen.

In diesem Jahr werden Ortsstraßen im Ortsteil Spielberg (Kinzigring) und (Karlsruher Straße - die Zufahrt zum Hundesportplatz, Festplatz und AWO) saniert.

In interkommunaler Zusammenarbeit - federführend Bauamt Gemeinde Waldbronn – wurden die Leistungen im DSK-Verfahren per Preisanfrage (freihändiges Vergabeverfahren) angefragt. Daraufhin hat die Firma Liesen GmbH, Ramstein-Miesenbach, der Gemeinde Karlsbad ein Angebot für eine Fläche von ca. 5.100 m² unterbreitet. Die Angebotspreise sind mit denen von 2016 identisch. Lediglich auf die Position -Bindemittel, Mineralstoffe, Bitumen- wird ein Zuschlag von 0,50 € erhoben (Weitergabe der gestiegenen Baustoff- und Mischpreise).

Nachdem die Fa. Liesen bereits 2016 das günstigste Angebot abgegeben hat, wird nach Prüfung des vorgelegten Angebotes vorgeschlagen, die Fa. Liesen den Auftrag für Straßensanierungen im DSK-Verfahren in Höhe von 49.995,11 € zu beauftragen. Die Fa. Liesen hat im letzten Jahr die Sanierungsarbeiten in der Gemeinde Karlsbad technisch anstandslos ausgeführt. Im Zuge der interkommunalen Zusammenarbeit wird die Fa. Liesen in Waldbronn ebenfalls Straßensanierungsarbeiten im DSK-Verfahren ausführen.

GR Lörch ist der Meinung, dass die Dünnbettsanierung in Seitenstraßen nicht geeignet ist. GR Herrmann betont, dass die Dünnbettsanierung aus einer Notlage heraus beschlossen wurde, da kein Geld für eine Komplettsanierung der Straßen verfügbar war. Diese Sanierungsart ist nicht ideal, aber die Notlage besteht nach wie vor, weshalb das Verfahren weiterhin genutzt wird. Er erkundigt sich nach dem dadurch gewonnen Sanierungsaufschub. OBM Knackfuß beziffert diesen mit ca. 10-15 Jahren.

GRin Christmann weist besonders darauf hin, die Stichstraße im Kinzigring nicht zu vergessen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt vergibt den Auftrag für die Straßensanierung im DSK-Verfahren einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen an die Firma Liesen GmbH, 66877 Ramstein-Miesenbach, zu einem Bruttoendpreis von 49.995,11 €.

zu 7 Information über die Einrichtung eines Trimm-Dich-Pfads in Karlsbad-Ittersbach
Vorlage: 67/0396/2017

Der Wunsch, in Ittersbach wieder einen Trimm-dich-Pfad zu erstellen, basiert auf Überlegungen der IGIV (Interessengemeinschaft der Ittersbacher Vereine) im Zusammenhang mit dem Verwendungszweck des Reinerlöses aus der Ittersbacher Musikwanderung 2016. Hinzu kamen Signale aus dem Agendarat, der ein solches Projekt begrüßte.

Nach der Festlegung einer möglichen Strecke wurden, in Absprache mit der Forstverwaltung, 15 Stationen entlang von Waldwirtschaftswegen geplant. In den 70er Jahren bestand schon einmal ein Trimm-Dich-Pfad an selber Stelle.

Dieser ist dank der Beratung durch den Forst pflegeleicht (wenig Lichteinfall) und trägt der „erhöhten Verkehrssicherungspflicht“ im Wald Rechnung.

Um die künftige Pflege und Instandhaltung wird sich der Ittersbacher Ortschaftsrat (Dorfputzete) und die IGIV gemeinsam kümmern.

IGIV und Ortschaftsrat rechnen mit einer hohen Nutzerfrequenz, da sehr viele Vereine und Institutionen hinter diesem Projekt stehen und dieser Pfad in der Nachbarschaft des VfR liegt, der sich künftig mehr im Breitensport engagieren will.

Finanzierung	
Beschilderungstafeln ca.	500 €
20 Pfosten	350 €
20 Einschlaghülsen	800 €
26 Balkenschuhe	520 €
Material für die Fitnessgeräte	4.500 €
Gesamtkosten	6.670 €
Gesamtbudget	7.000 €

3000 € wurden von der IGIV erwirtschaftet
4000 € sind bereits im HH 17/18 eingestellt

Zu berücksichtigen ist, dass jegliche Pfade im Bereich unserer Wälder aber eine erhöhte Verkehrssicherungspflege durch unsere Mitarbeiter im Forstdienst nach sich ziehen. Dies ist nicht durch das Ehrenamt zu leisten. Insoweit ist dies auch bei zukünftigen Entscheidungen mit zu berücksichtigen, da der derzeitige Aufwand für sämtliche Wege und Pfade nach Aussagen des Revierleiters beim Waldbegang bereits einen Mann über das gesamte Jahr für Pflege- und Verkehrssicherungsmaßnahmen binden.

GRin Günther fragt, ob ein Trimm-Dich-Pfad von der Bevölkerung überhaupt angenommen und genutzt wird.

GR Hoffer berichtet, dass es genügend Beispiele im Internet gibt, dass die Pfade ankommen.

GRin Christmann teilt mit, dass der Ortschaftsrat dem Projekt positiv gegenüber steht und bittet darum, dass die Beschilderung des Pfades an das Corporate Design der Gemeinde Karlsbad angepasst wird.

GR Hoffer bestätigt dies und sagt zu, die Schilder dem Ortschaftsrat vorzulegen, wenn es erste Designvorschläge gibt.

GR Rädle befürwortet dies, da ein modernes Design die Attraktivität des Pfades steigert. Er betont zudem, dass die Station regelmäßig kontrolliert werden müssen.

BM Timm weist darauf hin, dass der Pfad haftungsrechtlich bei der Gemeinde angesiedelt sein wird.

GR Haas findet die Anlegung des Trimm-Dich-Pfades durch das Engagement der IGIV ein vorbildliches Gemeinschaftsprojekt.

Der Ausschuss für Bau-, Planung und Umwelt stimmt der Einrichtung eines Trimm-Dich-Pfades in Karlsbad-Ittersbach einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zu und nimmt die vorgestellte Planung zur Kenntnis.

zu 8 Information über den Energiebericht für das Jahr 2015 **Vorlage: 67/0397/2017**

Seit 1996 verfasst die Verwaltung einen Bericht über die Entwicklung der Energie- und Wasserverbrauchsdaten von 44 kommunalen Einrichtungen, zusammengefasst in, mit dem neuen Jugendhaus, 30 Energieobjekten. Bis einschließlich dem Jahr 2014 war das alte Jugendhaus noch zu berücksichtigen, ist aber im Energiebericht 2015 nicht mehr beinhaltet. Auf Anregung der Klimaschutz- und Energieagentur des Landes mit Sitz in Karlsruhe (KEA) erfolgt seit Januar 2001 eine monatliche Ablesung der Verbrauchsdaten in den meisten kommunalen Liegenschaften.

Im Berichtsjahr 2014 sind an Licht-/Kraftstrom und Wärme 5.654 MWh verbraucht worden (klimabereinigt 5.988 MWh). Im Berichtsjahr 2015 ist der Licht-/Kraftstromverbrauch nach deutlichen Steuerungen um 15 % auf nunmehr 1.762 MWh zurückgegangen (2014 noch 2.150 MWh). Die komplette Umstellung der HQL-Leuchten der Straßenbeleuchtung auf die moderne LED-Technik wird weitere Einsparerfolge bringen. Allerdings wird das erst im Energiebericht 2017 deutlich werden.

Die Energieeinsparungen auf der Wärmeseite seit dem Basisjahr 1993 in Höhe von klimabereinigten 22 % (trotz deutlicher Flächenvergrößerung) beruhen aber überwiegend auf einer effizienteren Nutzung der Wärmeenergie. So wurde an vielen Objekten die Wärmedämmung verbessert oder die Wärmeerzeugungsanlagen modernisiert (z. B. Freibad Langensteinbach: Erneuerung des Gaskessels, Fenstererneuerung Schulzentren Ittersbach und Langensteinbach, Umstellung der Heizung in den Schulzentren Langensteinbach und Ittersbach usw.).

Die bedeutendsten energetischen Maßnahmen der Vergangenheit waren der Umbau der Wärmeerzeugung in den Schulzentren Langensteinbach und Ittersbach von einer Elektro-speicherheizung auf eine Warmwasserheizung aus regenerativer Energie (Holz). Dadurch verspricht sich die Gemeinde einen verbesserten Komfort und mittelfristig eine geringere finanzielle Belastung. Die Gemeinde Karlsbad hat mittlerweile einen Biomasseanteil an der Gesamtenergieverwendung von 32 % erreicht.

Energie wird immer teurer. Während im Jahr 2004 601.416 € für den Energiebezug aufgewendet werden mussten, waren dies im Jahr 2015 bereits 848.848 € (mit Wasser). Beson-

ders deutlich ist die Steigerung der Strompreise. Die fossilen Energien wie Gas und Heizöl reagieren auf globale Krisen und spekulative Verknappungen auf dem Weltmarkt. Derzeit war ein Sinken des Preisniveaus zu beobachten. Ob das von Dauer sein wird ist zu bezweifeln. Mittlerweile ist schon ein deutlicher Anstieg des Erdölpreises zu beobachten.

Es gibt weiterhin ein großes Sparpotential bei der Energieverwendung der kommunalen Gebäude. Wegen der hohen Kosten wäre es sinnvoll sich verstärkt der Stromseite zuzuwenden. Alle Beleuchtungen sollten zukünftig nur noch in LED-Technik ausgeführt werden.

Energiesparpotentiale sind bei Zertifizierung (european energy award) der Gemeinde und der Selbstverpflichtung durch das Leitbild „Karlsbad 2020“ dargelegt. Diese sollten auch zukünftig konsequent umgesetzt werden.

Beim Primärenergieeinsatz hat die Gemeinde bis dato bereits 19 % gespart. Der Ausführliche Energiebericht liegt beim Garten- und Umweltamt und kann bei gerne zur Verfügung gestellt werden.

Das Produkt Energiemanagement ist seit 2011 dem Bauamt – Gebäudemanagement angesiedelt worden. Der Energiebericht 2016 wird im Herbst 2017 vorgelegt. Die Aufgabe wandert zukünftig vom Garten- und Umweltamt zum Bauamt (Energiebericht 2017).

GRin Günther erkundigt sich, wie die im Bericht aufgeführten Emissionen gemessen werden. GUAL Rösch erklärt, dass es sich hierbei um Berechnungen handelt, bei denen die Werte abhängig vom Material bestimmt werden.

GR Hartmann schlägt vor, bei den gemeindeeigenen Gebäuden Zisternen oder Photovoltaikanlagen einzuplanen, wenn dies sinnvoll möglich ist.

BM Timm verweist darauf, dass dies immer eine betriebswirtschaftliche Entscheidung sein wird, die anhand der Kostensituation beurteilt werden muss.

GR Rädle äußert sich positiv zur Verbrauchsentwicklung und betont, dass der Energiespardanke auch an die Verbraucher weiterkommuniziert werden muss.

Weiterhin erkundigt er sich nach dem Ausreißer im Verbrauch der Aula im Schulzentrum seit 2015.

GUAL Rösch erklärt, dass bis jetzt keine Ursache auffindbar war, die Hausmeister aber alle sensibilisiert wurden. Bei den größeren Gebäuden gibt es eine monatliche Ablesung, um mögliche Fehlerquellen möglichst schnell festzustellen und zu eliminieren. Es sind nun die Ergebnisse des Energieberichts 2016 abzuwarten.

GR Rädle weist darauf hin, dass die Beregnungsanlagen von Sportvereinen auch in sehr trockenen Zeiten laufen, gegebenenfalls sollten hier die Akteure noch einmal sensibilisiert werden.

OV Kleiner macht darauf aufmerksam, dass die Gemeindegebäude alle noch einmal überprüft werden sollten, nicht nur im Hinblick auf Einsparpotentiale (z.B. Türdichtungen), sondern auch auf die tatsächlich vorhandenen Flächen.

GR Rohrer schlägt vor, die Energieeinsparung als Zielvorgabe gemäß dem NKHR festzusetzen.

GUAL Rösch zeigt auch auf, dass das Basisjahr für den Energiebericht mit 1993 bereits sehr weit zurück liegt und gegebenenfalls verändert werden sollte.

GR Herrmann findet ein gleitendes Fenster beispielsweise mit einer Zeitspanne von 20 Jahren am sinnvollsten.

BM Timm möchte das Basisjahr für 2016 belassen und ab 2017, wenn der Energiebericht vom Bauamt erstellt wird, ein neues Jahr einsetzen.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt den vorliegenden Energiebericht zur Kenntnis.

zu 9 Genehmigung von Protokollen

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt genehmigt das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17.05.2017 einstimmig mit 14 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

zu 10 Verschiedenes

BM Timm gibt bekannt, dass das Landratsamt das Gemeindeeinvernehmen im Bauantrag "Errichtung einer unbeleuchteten Werbetafel" auf dem Grundstück Weinbrennerstraße 19 ersetzen wird, da das Gebiet als Mischgebiet klassifiziert wird, in dem die Errichtung von Werbeanlagen grundsätzlich zulässig ist. Der Einwand der Gemeinde, dass die Werbeanlage die Verkehrsteilnehmer beeinträchtigt, findet keine Beachtung.

zu 11 Fragen der Zuhörer

Herr Denninger fragt, ob es die Möglichkeit einer Anhebung der Stellplatzverpflichtung für das gesamte Gemeindegebiet gibt.

Joachim Guthmann erklärt, dass die Gemeinde eine höhere Stellplatzzahl als in der Landesbauordnung vorgesehen nur in per Stellplatzsatzung bzw. in Bebauungsplanverfahren und auch nur mit entsprechender städtebaulicher Begründung festsetzen kann.

BM Timm betont, dass die Bauherren in der Planungsphase sensibilisiert werden müssen.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Saskia Strauß
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson